**Zimmer vermietet die Tourist Info schon lange nicht mehr**

Uhldingen-Mühlhofen – 22. November 2018 Peter Groß

So deutlich hat es der Bürgermeister Edgar Lamm in der letzten Gemeinderatssatzung nicht gesagt, dafür ließ mich der Ausspruch des Bürgermeisters aufhorchen: „dass die TI seit Jahren nur wenige Zimmer vermittelte.“ Es ging mir am 20.11. beim TOP 11 der Einwohnerfragestunde (die nur wenige Minuten dauerte) um vermutete, finanziell fragwürdige Ausgaben für die TI und das eventuelle Desinteresse des Gemeinderats an der Kostenkontrolle. Wo soviel Dienstleistung verlagert wird, muss Personal an andere wichtigere Stellen der Gemeinde umgesetzt werden oder es müssen Stellen wegfallen.

Die TI hatte nach neuesten Meldungen im Gemeindeblatt die Unterkunftsvermarktung und Gastgeberdatenpflege an einen neuen Geschäftspartner (bodensee.de) übertragen und damit eine ihrer Hauptaufgaben ausgelagert. Nach einem vorangegangenen Beschluss des Gemeinderates müssen Meldedaten künftig elektronisch übermittelt werden. Das führt zu einer weiteren deutlichen Kosteneinsparung bei der Gemeinde und zu einer Mehrbelastung aller Gastgeber. Die Frage wird drängender, wozu gehen nahezu alle Tourismusabgaben und ein ordentlicher Zuschuss aus der Gemeindekasse an die TI? Eine aktuelle Auswertung von Arbeitsplatzbeschreibungen erfolgreicher Urlaubsgebiete lässt starke Zweifel aufkommen, ob und in welchem Umfang die Kostenforderung der TI berechtigt ist und warum der Gemeinderat dazu schweigt und keine Auskunft verlangt.

Vorausgegangen war wenige Wochen zuvor ein Gespräch mit jungen Menschen „Wir um 20“ im Rahmen eines Think Tank (Denkfabrik). Thema: Generationenvertrag nein. Gerade aus CDU-nahen Kreisen greifen Politiker den Generationenvertrag an. Viele Junge drohen ihren Großeltern mit der Kündigung des Generationenvertrages und fordern die Kündigung jetzt, weil die ältere Generation ihn mit ihrer Art zu wirtschaften und Politik zu machen, längst nicht mehr einhält. Dabei bezogen sie sich auf den Earth Overshoot Day, der in jedem Jahr daran erinnert, dass mehr Ressourcen verbraucht werden, als zur Verfügung stehen und in Parlamenten bis Gemeinderäten überall alte Leute sitzen, die Politik machen, die jungen Menschen die Zukunft raubt.

Dazu passt die Frage, warum von hohen Rücklagen in der Gemeindekasse fabuliert wird, obwohl dringende Instandhaltung und Reparaturen in den Teilorten nicht durchgeführt werden. Ich erinnere an Fahrbahnausbesserungen am Haltepunkt Marktplatz, an die Instandsetzungen der Fahrbahndecken Poststraße, Bahnhofstraße und Auf der Höhe oder das Mühlhofener Loch. Dazu gehört auch das Versäumnis der Instandhaltung der Alten Schule in Unteruhldingen. Eine Antwort auf das Angebot der Unteruhldinger Bürgerschaft ein neues Nutzungskonzept zu entwickeln und durch ehrenamtliches Engagement, dieses wichtige Gebäude im Ortskern für die Gemeinde zu erhalten wurde nicht respektiert, obwohl der Gemeinde daraus nur Vorteile entstünden. Es gäbe, wie in Mühlhofen, die Möglichkeit einen Grundstücksverkauf (Kirchstraße) zugunsten einer Zwischennutzung auszusetzen und sich eine Bedenkzeit zu gönnen.

Der Vorteil wäre, dass aus der Mitte des Gemeinderats persönliche Ansichten unnötig wären, wie: „Ich empfinde Unteruhldingen als herausragendes Beispiel dafür, wie man einen alten Fischerort, der es wohl einmal war, durch hemmungslose und stillose Bebauung mit gewinnorientierten Ferienwohnungsquartieren städtebaulich ruinieren kann.“ Die fortschreitende Zerstörung hält kein Bebauungsplan auf, der kommt zu spät.

Mit über 725 Unterschriften plädierten überwiegend Unteruhldinger Einwohner für den Erhalt einer Institution, der Alten Schule, und hofften auf einen demokratischen Entschluss des Gemeinderates, zu dem der Bürgermeister dem Petitionsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg mitgeteilt hatte, dass er aufgrund der zahlreichen Emotionen zu diesem Thema dem Gemeinderat voraussichtlich einen Bürgerentscheid zum Verkauf des Gebäudes vorschlagen werde. Ein durch den Gemeinderat nach § 21 Abs. 1 GemO beschlossener Bürgerentscheid ist auch nach Ablauf der Drei-Monats-Frist möglich, bedürfe jedoch der Zustimmung von zwei Dritteln aller Gemeinderäte. Was wurde nun aus dieser Mitteilung? Beabsichtigen Bürgermeister und Gemeinderäte sich diesem höchst demokratischen Verfahren zu entziehen? Dann sollten sie sich einmal fragen, wie es um ihr Gewissen und Wissen bestellt ist und aus welchem Grund sie sich diesem höchst demokratischen Verfahren entgegen stellen. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung verkommt nach mehrheitlicher Ansicht vieler Einheimischer zu einem Unterdrückungsinstrument, wenn der erklärte Bürgerwillen nichts mehr gilt und der Gemeinderat sich weigert die Einwohnerinteressen wahrzunehmen und zu vertreten.

Ich meine es ist durchaus dringend notwendig einen Beschlussvorschlag in der nächsten Gemeinderatssitzung vorzulegen oder wegen der Dringlichkeit eine eigene Gemeinderatssitzung durchzuführen.

In einem weiteren Schritt wäre der Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes „Tourist Information Uhldingen-Mühlhofen“ bezüglich Erfolgs- und Vermögensplan, Stellenplan, Mittelfristige Finanzplanung aufzuheben, neu zu beraten und zu beschließen.

Begründung: Die im Wirtschaftsplan 2018 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben haben sich im Nachhinein völlig verändert. Wesentliche Aufgaben der Tourist Information sind entfallen. Die Zimmervermittlung, die Pflege der Gästedatenbank und der Katalogeintrag Seeferienmagazin erfolgen durch Bodensee.de, das Meldewesen, erfolgt durch die Einführung der elektronischen Meldung zwangsweise durch die Gastgeber.

Die Präsentation des örtlichen Tourismusangebots erfolgt in wesentlichem Umfang über die Internetseite [www.bodensee.de](http://www.bodensee.de/) und durch direkte Mitwirkung der Gastgeber.

Die Internetseite [www.seeferien.com](http://www.seeferien.com/) ist Bestandteil der Webseite der Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen und wird in diesem Zusammenhang, so ist zu vermuten, von der Firma hitcom new media gmbh, Dunningen gegen Entgelt betreut. Damit entfallen wesentliche unter c, Gegenstand des Unternehmens genannte, im Handelsregister Freiburg i.Br. (HRB 580595) eingetragene Tätigkeiten, wie der Wegfall der Vermittlung der Feriengäste. Ob die Gestaltung und Pflege der dem Fremdenverkehr dienenden Grün- und Parkanlagen, der für den Fremdenverkehr notwendigen Hoch- und Tiefbauten aus dem Kurtaxeanteil finanziert wird, ist zweifelhaft. Am Finanzgebaren um die Neugestaltung der Ufergestaltung wird deutlich, dass sie nicht einmal anteilig aus der TI Kasse sondern aus der Gemeindekasse und Tourismusinfrastrukturprogramm (TIP) des Landes Baden-Württemberg finanziert wird. Die Begründung ist umfangreicher als hier angegeben und bedarf einer Überarbeitung und Prüfung durch die Verwaltung.

Der überwiegende Teil mindestens der Unteruhldinger Einwohnerschaft sieht im Erhalt der Alten Schule im Eigentum der Gemeinde eine der wichtigsten Aufgaben der TI, die sich als wesentliche Aufwertung der Urlaubsdestination darstellt. Eine Lenkungsgruppe für 7 von 260 Gastgebern oder eine Gastgeber–Feedbackrunde sind sicher entbehrlich.